

Da die Vereinigten Staaten von Amerika weiterhin mit einer Rekordarbeitslosigkeit aufgrund der verhängten Coronavirus-Plandemie-Sperre zu kämpfen haben, sollen 30% der Amerikaner im Juni die Zahlungen für ihre Wohnungen versäumt haben, so das Ergebnis einer Umfrage von Apartment List, einer Online-Mietplattform.

Das sind mehr als die 24%, die nur zwei Monate zuvor im April ihre Zahlungen versäumt hatten, und etwa gleich viel wie die 31%, die im Mai ihre Zahlungen versäumt haben. Laut CNBC waren Mieter, jüngere und einkommensschwächere Haushalte und Stadtbewohner die Gruppen, die am ehesten die Zahlungen für ihre Wohnung versäumten, wie Apartment List herausfand.

Zur gleichen Zeit, in der diese „historisch hohe“ Anzahl von Amerikanern ihre Mietzahlungen versäumt, laufen die zu Beginn der Sperrmaßnahmen in den USA eingeführten Räumungsschutzmaßnahmen allmählich aus. Außerdem werden die derzeit 30 Millionen arbeitslosen Amerikaner Ende Juli die zusätzlichen 600 Dollar pro Woche an Bundesarbeitslosengeldern verlieren.

Insgesamt warnen Experten vor einer bevorstehenden „Apokalypse“ im Wohnungswesen, wenn die Regierung nicht eingreift. Etwa 37% der Mieter und 26% der Hausbesitzer sind zumindest etwas besorgt, dass ihnen in den nächsten sechs Monaten eine Zwangsäumung oder Zwangsvollstreckung droht, berichtet Apartment List. Forscher der Columbia University schätzen, dass die Obdachlosigkeit in diesem Jahr um 40% bis 45% gegenüber dem Stand vom Januar 2019 zunehmen könnte.

Einige Rechtsexperten rechnen allein in New York City mit „mindestens“ 50.000 Räumungsanträgen, wenn das pauschale Räumungsmoratorium des Staates am 20. Juni aufgehoben wird, die meisten wegen Nichtzahlung der Miete. (Bis zum 20. August gilt im Bundesstaat ein eingeschränkteres Räumungsverbot).

Im gegenwärtigen Klima, mit einer Arbeitslosigkeit auf Rekordniveau und mit vielen, die aus COVID-bezogenen Gründen keine Miete zahlen können, werden weder die Wohnungsrichter noch unsere Anwälte in der Lage sein, viele dieser Streitigkeiten zu lösen, was zu Zwangsäumungen, Vertreibung, Obdachlosigkeit, sinnloser Ansteckungsgefahr und mehr Schwierigkeiten bei der Eindämmung von COVID-19 führt“, schreibt The Right to Counsel NYC Coalition in einem Brief an Lawrence K. Marks, Chief Administrative Judge am New York State Unified Court System.

Um eine Obdachlosenkrisis zu verhindern, könnten die Gouverneure für die Dauer der Coronavirus-Krise universelle Räumungsmoratorien verlängern oder zum ersten Mal einführen, argumentieren Befürworter. Dies würde nicht nur dazu beitragen, die Menschen in ihren Häusern zu halten, sondern würde auch verhindern, dass sich COVID-19 in den USA, wo offiziell mindestens 117.000 Menschen an der Krankheit gestorben sind, noch weiter ausbreitet.

Auf Bundesebene sollte der Emergency Rental Assistance and Rental Market Stabilization Act des Repräsentantenhauses 100 Milliarden Dollar für Mietnotfallhilfe bereitstellen, die Millionen von Mietern im ganzen Land bei der Bezahlung ihrer Miet- und Versorgungsrechnungen helfen und so verhindern soll, dass sie obdachlos werden.

Der HEROES Act, der im Mai vom Repräsentantenhaus verabschiedet wurde, aber bisher im Senat ins Stocken geraten ist, beinhaltet eine Verlängerung des landesweiten Moratoriums für Räumungsanträge, Anhörungen und Räumungen um 12 Monate. Dies sind notwendige Reaktionen auf eine kommende Krise, sagte Solomon Greene, ein leitender Mitarbeiter für Wohnungspolitik am Urban Institute, zuvor gegenüber CNBC Make It.

**Instabile Wohnverhältnisse haben enorme gesundheitliche Folgen, selbst wenn wir nicht mit einer Pandemie konfrontiert sind“, erklärte Greene und fügte hinzu:
„Das Expositionsrisiko wird um so größer und schlimmer, wenn Sie nicht vor Ort Schutz finden können, weil Sie keine Wohnung haben.**

[REPORT: 30% of Americans Missed Their Housing Payments in June due to Lockdown](#)